Eisenacher NACHRICHTEN

NR. 4 # Stadtinfo # Oktober 1998

Rechter Tourismus in Eisenach

Nach den rechtsextrem unterwanderten Deutschen Burschenschaften (DG) nun die ‚Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO)

(üny) Vom 2. bis 4. Oktober 1998 findet in Eisenach das „Deutschlandpolitische Seminar" der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) statt. Als Referent ist u.a. Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof geladen.

Bundeswehr stoppte zwei Veranstaltungen mit umstrittenem Ex-General.

Zwei Vortragsveranstaltungen der "Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" (OMV) mit dem umstrittenen Ex-General Gerd Schultze-Rhonhof durften nicht wie ursprünglich geplant in Einrichtungen der Bundeswehr stattfinden. Das Verteidigungsministerium bestätigte einen entsprechenden Bericht der „Braunschweiger Zeitung" (Samstagsausgabe, 7.3.98). Nach Angaben eines Sprechers begründete Heeresinspekteur Helmut Willmann diesen Schritt damit, daß die Heeresoffiziersschule Hannover, in der ein Vortrag für den 11. März geplant war, dadurch in eine kontroverse politische Diskussion hineingezogen werden könne. Die andere Veranstaltung war diesen Angaben zufolge für den 4. Mai in einer Braunschweiger Kaserne geplant.

Schultze-Rhonhof wird von Kritikern vorgeworfen, er hänge rechtsextremem Gedankengut an.

Die Wahl Eisenachs als Veranstaltungsort sei kein Zufall, sondern Folge der den "Deutschen Burschenschaften" gewährten Gastfreundschaft durch den OB der Stadt. Die JLO pflegt zu den Deutschen Burschenschaften enge Beziehungen.

Anläßlich der Proteste gegen das Treffen der "Deutschen Burschenschaften" befürchtete Eisenachs Oberbürgermeister Brodun, Eisenach könne zu einem zweiten Saalfeld werden. Der Bürgermeister und Rat der Stadt hätten es in der Hand eine solche Entwicklung zu verhindern. Es bedürfe "nur" ihrer eindeutigen Stellungnahme gegen rechtsextreme Entwicklungen in der Stadt und der Absage an Veranstaltungen wie dem "Deutschlandpolitischen Seminar".

Wer ist Gerd Schulze-Rhonhof?

Schultze-Rhonhof ist Spezialist für die vaterländischen Sorgen der rechtskonservativen und -extremen in und außerhalb der CDU. Der Generalmajor, der 1996 aus Protest gegen die Wehrpflichtzeitverkürzung um seine vorzeitige Entlassung aus dem „aktiven Dienst" nachsuchte, ist stolzer Träger des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold und des Bundesverdienstkreu-

Fortsetzung Seite 2

Das Schweigen der Bürger... ... ist das Grauen der Opfer!

(üny) Am vergangenen Samstag, den 19.9.98 marschierten ca. 3.000 NPD-AnhängerInnen in Rostock-Dierkow als Wahlkampfabschluß der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Zu den Gegenveranstaltungen: Bündnisdemo, Friedensfest und einer Antifademo kamen ca. 15.000 Menschen zusammen. Trotz des großen Polizeiaufgebotes gelangten zwei Busse und PKW mit Faschisten zum Infozelt der GegendemonstrantInnen. Sie verletzten mehrere Menschen, darunter vier Kinder, ohne daß die anwesende Polizei eingriff. Gleichzeitig wurde die Antifademo daran gehindert, den Menschen im Infozelt zu helfen. Erst als ein Auto mit drei Faschisten mit hoher Geschwindigkeit ohne zu bremsen und auszuweichen unseren Freund aus dem Wendland anfuhr, griff die Polizei sehr zögerlich ein. Der Fahrer flüchtete. Der Antifaschist wurde lebensgefährlich verletzt und liegt noch mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus.

Das Leben unseres Freundes hängt am seidenen Faden! Wir sind entsetzt und schockiert, insbesondere über das Verhalten der Polizei. Es ist ein politischer Skandal, daß die verantwortlichen Gerichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Veranstaltung der NPD genehmigten und den Aufmarsch der Rechtsradikalen nicht verhinderten.

Wir appellieren an die Presse, genauer und detaillierter zu recherchieren, und fordern eine genauere Aufklärung der Vorfälle.

Wir haben keine Lust mehr, weiter zuzusehen. Durchbrechen wir unsere Ohnmacht, tragen wir unsere Wut auf die Straße! Überall! ❐

Termine

Donnerstag, 1.10.1998
14.30 Uhr: *Kindernachmittag zur Interkulturellen Woche,* Treffpunkt Busbahnhof Eisenach, von 15.00 - 17.00 Uhr dan im Beratungs- und Freizeittreff Wutha Farnroda
19.00 Uhr: *Staatliche Repression in Thüringen*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Freitag, 2.10.1998
13.00 Uhr: *„Solidarisch kämpfen! Dem rechten Vormarsch entgegentreten! Wessen Straße ist die Straße?!", Kulturtag mit Agit Prop, Action-Painting und vielem mehr,* Marktplatz, Göttingen
18.00 Uhr: *Demonstration*, Marktplatz/Gänseliesel, Göttingen
19.00 Uhr: *Kurdistanabend, im Rahmen der interkulturellen Woche wird über den Befreiungskampf der kurdischen Bevölkerung berichtet*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Samstag, 3.10.1998
ab 13.00 Uhr: *Rechte Strukturen in der BRD und Umgang mit rechten Jugendlichen*, mit Volkmar Wölk und anderen Gästen, Gerberstraße 3, Weimar, Kontakt: Infoladen Weimar, c/o Gerberstraße 1, 99423 Weimar, Tel./Fax:03643-515468

Mittwoch, 7.10.1998
16.00 Uhr: *Straßenaktion zum „Tag des Flüchtlings", Trommelkonzert der Gruppe „Global Village"*, Rathausecke, Eisenach
18.00 Uhr: *Fremdsein in Deutschland,* mit Dieter Braun (Ausländerbeauftragter des Missionswerk Leipzig), Gespräche und Trommelwirbel mit „Global Village", CVJM-Haus, Hinter der Mauer 3, Eisenach
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Donnerstag, 8.10.1998
15.00 Uhr: *Interkultureller Nachmittag „Jambo Africa" mit „Global Village", Trommeln, Basteln und Pantomime*, „Alte Posthalterei", Eisenach
19.00 Uhr: *Das Fremde wird gemacht - Im Gespräch mit Michel Friedmann*, Rathaus, Erfurt
20.00 Uhr: *Rising Star Jazz Circuit*, „Alte Mälzerei", Eisenach

Sonntag, 11.10.1998
14.00 Uhr: *Ökomenischer Gottesdienst mit Trommelkonzert*, Annenkirche, Georgenstraße, Eisenach

Dienstag, 13.10.1998
16.00 - 21.00 Uhr: *Multikultureller Jugendtreff*, „Alte Posthalterei", Eisenach

Mittwoch, 14.10.1998
10.00 - 13.00 Uhr: *Internationale Frauenrunde*, Frauenzentrum, Marienstraße 57, Eisenach
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße1, Eisenach

16.-18.10.1998
Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Berlin, Anmeldungen und Schlafplatzbörse: Anti-Atom-Plenum Berlin, Kurfürstenstraße 14, 10785 Berlin, Tel.: 030/2616252, Fax: 2619812

Mittwoch, 21.10.1998
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Mittwoch, 28.10.1998
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach

Samstag, 31.10.1998
20.00 Uhr: *Alan Jones Sextet (USA)*, „Alte Mälzerei", Eisenach

Fortsetzung von Seite 1

zes am Bande. Bis zum Befehlshaber und Kommandeur des Wehrbereichskommandos II / 1. Panzerdivision mit Sitz in der Kurt-Schumacher-Kaserne Hannover hatte er es gebracht. Vorher war er unter anderem als Hilfsreferent im Bundesverteidigungsministerium, als Oberstleutnant der Heeresgruppe Nord der Nato in Mitteleuropa und als Dozent und Lehrgangsleiter an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg eingesetzt.

Schultze-Rhonhofs jüngstes Buch trägt den Titel: „Wozu noch tapfer sein?" Dort schreibt er zum Beispiel über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verwendung des Tucholsky-Zitates „Soldaten sind Mörder": „Die Bundesrepublik, vertreten durch das Bundesverfassungsgericht, hat ihre Treuepflicht gegenüber den Soldaten verletzt und damit das auf Gegenseitigkeit beruhende Treu- und Eidverhältnis zu den Soldaten von sich aus aufgelöst."

Schultze-Rhonhofs Buch enthalte „klare Anmerkungen zum Umgang mit dem Soldatischen in der Öffentlichkeit", stellt Dieter Stein, Chefredakteur der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung Junge Freiheit, erfreut fest. Und die „Stimme" dieses Soldaten, so Stein, sei „gefragt" - gerade auch in Steins Zeitung: Anfang Januar gab Schultze-Rhonhof der Jungen Freiheit ein zweiseitiges Interview.

Nebenbei erklärte er dort, die Wehrmacht habe „ihre guten und ihre schlechten Seiten" gehabt. Und weil die JF nicht irgendein Provinzblättchen, sondern eines der zentralen Periodika der extremen Rechten ist, fand Schultze-Rhonhofs Antritt zum Interview auch Erwähnung in den „Tagesthemen". In Folge des „Tagesthemen"-Berichtes verbot der Heeresinspekteur Helmut Willmann dann die Auftritte des pensionierten Militärs in Hannover.

Schultze-Rhonhof, der die „konservative Auffassung" vertritt, daß „der Offizier, der Beamte und der Richter zuerst dem Lande gegenüber verpflichtet ist", sorgt sich auch im Ruhestand weiter um das Ansehen der deutschen Armeen. Die Bundeswehrführung habe nicht erkannt, „daß die Aktion 'Wehrmachtsausstellung' im Grunde gegen das deutsche Soldatentum an sich gerichtet ist". Weil zahlreiche rechtsextreme „Einzelfälle" in der Bundeswehr in der Presse „fast zeitgleich lanciert" worden seien, glaubt Schultze-Rhonhof, „daß es eine gezielte Aktion von irgend jemand ist, der über Jahre hinweg 'Munition' gesammelt hat und sie nun abschießt".

Neben solchen Verschwörungstheorien hat der Ex-Generalmajor auch Aufklärung über die demokratischen Traditionen der Bundeswehr im Programm: „Wir haben als Bundeswehr sehr viel aus der Wehrmacht übernommen. Wir sind von Wehrmachtsoffizieren aufgebaut worden. Die Dinge, die wir übernommen haben, sind vor allem die nicht sichtbaren - taktische Vorstellungen, technische Vorstellungen, unser Wehrrecht, die Auftragstaktik und das Prinzip des Primats der Politik."

Wer ist die JLO?

Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) hat in der Mai-Ausgabe ihrer unregelmäßig erscheinenden Mitgliederzeitung Fritz die Debatte um eine Öffnung der Organisation an die „Basisgruppen" weitergegeben: Nach einem Beschluß der JLO-Bundesversammlung sollen die Mitglieder über die Zukunft des Jugendverbandes der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) entscheiden.

Die „beiden maßgeblichen Marschrouten", so der ehemalige JLO-Vorsitzende Bernhard Knapstein, ließen sich unter „Aufbau einer Deutschland-Jugend - für ein Deutschland mit Ostpreußen" und unter „Nutzung der Kernkompetenz - von Ostpreußen aus für Deutschland" subsumieren.

Die erste Variante geht von der Analyse aus, daß die „Bedeutungslosigkeit auch der Ostpreußen", also derer, die tatsächlich noch von den Alliierten umgesiedelt wurden, deutlich wird. Somit sei nur über die „Änderung der allgemeinpolitischen Lage" auch „eine Wende für Ostpreußen zu erreichen". Die Konsequenz: „Ein deutsches Ostpreußen könne es nur geben, wenn ein deutsches Deutschland fortbestehe." Und um dieses zu fundieren, müsse die JLO das „allgemeinpolitische Mandat, also das Recht zur Mitsprache in allen Fragen", erstreben. Für den Fall, daß diese Variante sich durchsetzen sollte, stünde auch eine Namensänderung in „Deutschland-Jugend/JLO" an.

Die zweite diskutierte Variante geht von der Prämisse aus, „daß keine Organisation das Thema Ostpreußen besser belegen kann als die JLO". In „allgemeinpolitischen Aktivitäten" wird die Gefahr gesehen, daß der „landsmannschaftliche Segen" sowie die damit verbundenen Gelder verloren gehen könnten. Die LO biete zudem „bisher den Schutz vor den Angriffen der linksliberalen und internationalistischen Parteien und Gruppierungen".

Ein Abweichen von der strikt an „Ostpreußen" orientierten Arbeit könne außerdem zu Massenaustritten - die JLO zählt nach Eigenangaben derzeit etwa 1 200 Mitglieder, mit steigender Tendenz - führen. Deshalb sei es erforderlich, das „Schützengrabensystem der Arbeitskreise" auszubauen.

Zudem sei eine „Beteiligung an der Deutschlandbewegung" bereits vorhanden und könne erweitert werden, „ohne den Schützengraben der Kernkompetenz Ostpreußen zu verlassen".

Besonders neu sind jedoch beide Modelle nicht. Anhand des Organs der Landsmannschaft Ostpreußen, dem Ostpreussenblatt ist bereits detailliert nachzuvollziehen, wie sich ein allgemeinpolitisches Mandat mit der „Kernkompetenz Ostpreußen" vereinbaren läßt. Neben den für das aussterbende Klientel der Aktivumgesiedelten - im LO / JLO-Jargon „Erlebnisgeneration" genannt - bestimmten Berichten aus den „Heimatkreisen", über die „landsmannschaftliche Arbeit" und den Such- und Todesanzeigen, greift das Ostpreussenblatt tagespolitische Geschehnisse auf und initiiert für die extreme Rechte wichtige Strategiedebatten. Außerdem ist klar, daß die angebliche Vertreibung eines der zentralen Themen des gesamten rechten Spektrums ist - stets verbunden mit Fragen nach Volkstum, Nation, Kultur, Geschichte und Sprache.

„Einsatz für die deutsche Volksgruppe in der Heimat, intensives Fahrtenleben und Mut zum politischen Bekenntnis zu Deutschland" wird dieses Konzept in einem aktuellen JLO-Papier übersetzt. Ren, Nehring, seit November 1997 Bundesvorsitzender der Organisation, hat den Umgang mit den beiden Strategiemodellen in einem internen Rundschreiben Anfang des Jahres auf den Punkt gebracht: „Sowohl Deutschland als Ganzes, als auch Ostpreußen als Teil dieses Ganzen sind Erbe und damit Auftrag aller Deutschen. Kein deutscher Stamm und keine gesellschaftliche Gruppierung hat das Recht, sich aus dieser Verantwortung zu stehlen. Die JLO muß daher im Gegenzug auch für alle politischen und landsmannschaftlichen Strömungen gesprächsbereit bleiben." Der 22jährige weiß, wovon er spricht: 1996/97 studierte der Berliner zwei Semester an der Staatlichen Universität Kaliningrad und ist somit mit dem Terrain vertraut. Sein zweites Standbein: Er war erster Stipendiat der Deutschen Burschenschaft (DB) in Kaliningrad und ist in der Burschenschaft Gothia Berlin aktiv.

Diese Aktivitäten sind in der JLO beileibe kein Einzelfall - vielmehr ist es charakterisierend, daß das Interesse an den ehemaligen deutschen Ostgebieten das prägende Moment für das Engagement inner- und außerhalb des Verbandes ist und nicht irgendeine „Vertreibung".

Beispielsweise war Nehrings Amtsvorgänger Bernhard Knapstein als Politischer Referent der Kölner Burschenschaft Germania tätig, in deren Haus die JLO 1994 auch die Tagung „Der Deutsche Osten - Perspektiven im neuen Jahrtausend" durchgeführt hatte.

Die JLO bleibt auch für die „Deutschland-Bewegung" von Alfred Mechtersheimer attraktiv. Bei der letzten JLO-Bundesversammlung referierte der Starnberger „Friedensforscher" und traf dabei laut JLO den „Nerv der Delegierten": Das Ziel einer in der „Basis verwurzelten Deutschland- Bewegung" müsse es sein, das „Nationale" in den Mittelpunkt zu rükken. Und das will auch die JLO: Wie hatte es der erste JLO-Vorsitzende Rüdiger Stolle bei der Gründung des Jugendverbandes Anfang 1991 - die seinerzeit ebenfalls in Würzburg stattfand - ausgedrückt? „Nicht als Zeichen nationaler Überheblichkeit, sondern als Bekenntnis zu unserer Geschichte" - Stolle begründete seinerzeit mit diesem Satz, warum die Versammlung der JLO alle Strophen des „Deutschlandliedes" gesungen hatte. ❐

Impressum: Eisenacher Nachrichten, Briefkasten: Grimmelsgasse 2b, 99817 Eisenach. Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe zu kürzen. Redaktionelle Artikel sind mit red gekennzeicnet, andere mit üny.

REP ublikaner in Erfurt

(üny) Am 28.07.98 versuchte der LV Thüringen der Republikaner im Rahmen des Wahlkampfes durch einen Infostand in der Erfurter Innenstadt an Akzeptanz bei den Bürgern und Bürgerinnen zu gewinnen. Aus dem gleichen Grund waren sie schon am Vortag mit einem Lautsprecherwagen durch Erfurter Wohngebiete gefahren, in denen sie mit einem besonders hohen Potential an Wählerinnen und Wählern rechen könnten. Um sie an ihrem Ziel zu hindern, verteilten einige AntifaschistInnen mehrere Liter Saft und Ketchup auf ihren Plakaten und Ifomaterial des Infotisches. Einige umherstehende Neonazis suchten das Weite, während REP-InitiatorInnen ihr Eigentum durch Handgreiflichkeiten zu verteidigen versuchten. Da sich die REPs durch diese Aktion nicht veranlaßt sahen, ihren Infotisch einzupacken, wurden sie und ihr Infotisch mit mehreren Kilo fauligem Obst eingedeckt, was es ihnen von da an unmöglich machte, die BürgerInnen von ihrem sauberen Image zu überzeugen. Denn die Aktionen der AntifaschistInnen lösten bei den Zusa´chauerInnen eine positive Resonanz aus, weshalb die REPs kurze Zeit später ihre Utensilien wieder einpackten.
Keinen Fußbreit dem Faschismus!
Einige Erfurter AntifaschistInnen ❐

Spontane Antifademo in Apolda

(red) Der rechtsextreme Terror erlebt eine neue Phase des Aufschwungs und die rechtsextreme NPD, als sich etablierender legaler Arm der Neonazis, bereitet sich durch Gründung neuer Kreisverbände auf die Landtagswahlen 1998 in Thüringen vor. Nach Suhl, Zeulenroda und Mühlhausen sollte auch in Apolda am 12. September 1998 ein neuer Kreisverband gegründet werden.
Laut Nationalem Info-Telefon (NIT) kam es dann doch nicht zur Gründung. Es hatten sich nicht genügend Gründungsmitglieder zusammen finden lassen und so wurde die Veranstaltung abgesagt.
Apoldaer AntifaschistInnen hatten mit Unterstützung aus anderen Städten zu einer Gegenkundgebung in die Apoldaer Innenstadt mobilisiert. Zu dieser hatten sich ca. 70, meißt junge Menschen, eingefunden. Im Anschluß an diese Kundgebung bildete sich eine Spontandemo. Die offenbar überraschte Polizei mußte diese wohl oder übel hinnehmen und bis zum Eintreffen der Sondereinheit BFE (Beweissicherungs und Festnahme Einheit) aus Erfurt sich passiv verhalten. So konnte die Demonstration unbehelligt Richtung Studioclub ziehen, einem Treffpunkt ortsansässiger Neonazis und Ausgangspunkt ettlicher Überfälle. Das nach einer dreiviertel Stunde eingetroffene BFE setzte die Auflösung der Demo durch. ❐

Der DVU eine Absage erteilt

(red) Mit einem Informationsstand wollte die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) am 19. September auf dem Amstädter Marktplatz die Bevölkerung mit nationalistischer Propaganda für sich begeistern. Dreißig AntifaschistInnen besetzten jedoch rechtzeitig den Markt, so daß die FaschistInnen keine Möglichkeit hatten, sich darzustellen. Sie mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. ❐

9. November 1998

10 Uhr - Demonstration
Hauptbahnhof, Erfurt
Mit Peter Gingold, Frank Spieth, VertreterIn d. Antifa-Gruppen

Gegen das Verdrängen
Gegen das Wegschauen
60 Jahre Reichspogrom

12 Uhr Achter Antifaschistischer/Anti rassistischer Ratschlag
Haus d. Gewerkschaften Erfurt

RECHTS gleich LINKS?

Foren:
- **Neofaschismus auf dem Vormarsch**
- **Staatsfinxiert oder zivilcouragiert?**
- **Burschenschaften - Rechtsentwicklung an den Unis**
- **Bürgerrechte Innere Sicherheit**
- **Kein Mensch ist illegal - Menschenrechte und Asyl**
- **Nazis im Netz**

Streitgespräch
"Staatliches Gewaltmonopol"

Die Deutsche Volkstrottel Union

(üny) Am 15. August, einem eigentlich recht netten Samstag, war die DVU angetreten, den Rest Deutschlands, von 12,9% Ergebnissen wie in Sachsen-Anhalt zu überzeugen. Damit schien sie in Bad Salzungen anfangen zu wollen, wo es zwar bisher auch schon rechtes Gehabe zu Genüge gab (z.B. einen NPD-Kreisverband), sie bisher aber noch fehlte. So wurde ein Infostand auf dem Markt für 16.00 Uhr angekündigt, der durch Postwurfsendungen zum Anlaufpunkt verbitterter Schrebergärtenbesitzer gemacht werden sollte. Doch irgendwie kam alles ein wenig anders. Von den interessierten Massen war kein einziger erschienen, was wohl auch daran lag, daß der Infostand vom einzigen thüringer Kreisverband der DVU (von Hildburghausen aus) angemeldet wurde, wo man anscheinend nicht wußte, daß um 16.00 Uhr auf dem Salzunger Markt höchstens Mama und Papa mit den Kindern Eis essen. So glaubten wir schon, irgendwer will hier wen verarschen, staunten jedoch gegen 16.00 Uhr nicht schlecht, als ein blauer VW-Bus, älteren Typs, mit Hildburghäuser Kennzeichen (HN) erschien (hinten mit dem D der DVU), ein Herr in den Fünfzigern ausstieg und auszupacken begann. Schon bald sah die Polizei seine Genehmigung hierfür durch, die anscheinend keine Probleme hatte, diese Farce am Hess- Gedenkwochenende zu genehmigen.
Weiter ging es mit Blasmusik und rechten Parolen, nur daß keiner davon Notiz nahm. So begannen wir (ca. 10-15 andersdenkende Leutchens) Flugis an die paar anwesenden Passanten zu verteilen, in denen wir auf die Hetze der DVU hinwiesen, und uns in der Nähe des Busses zu postieren. Als der gute Herr mit dem Aufbau seines Infostandes fast fertig war, dingen durch fleißige Hände ein paar Plakate entzwei, DVU-Flugis flogen wie von selbst davon, verbunden mit der Aufforderung sich zu verpissen. Sofort allerdings entpuppten sich ein paar der Café-Gäste als Zivilpolizisten, die jetzt unsere Personalien aufnahmen und Platzverweise erteilten.
Um 16.45 Uhr (15 Minuten vor offiziellen Ende) verließ dann der verhinderte Missionar der braunen Sache Bad Salzungen, er hatte 2 Flugblätter verteilt, andere Passanten wollten von seiner Hetze nichts wissen!
Seid wachsam, es ist davon auszugehen, daß die DVU es an anderen Orten wieder probiert!
Einige Bad Salzunger AntifaschistInnen ❐

„TOPF & SÖHNE - HOLOCAUST UND MODERNE"

Samstag, 3.10.1998, 10.00 Uhr
Stadtrundgang - Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Erfurts, Anmeldung: 0361/5961394

Samstag, 17. und Sonntag 18.10.1998
Spurensuche - Erfurter SchülerInnen markieren Stätten in Erfurt, die in Verbindung zum Holocaust stehen, Ergebnisse eines Schülerworkshops

Montag, 19.10.1998, 20.00 Uhr, Haus Dacheröden
Holocaust und Moderne - Vortrag und Diskussion mit Zygmunt Bauman zum Zusammenhang zwischen moderner Zivilisation und Holocaust

Dienstag, 20.10.1998, 11.00 Uhr, Haus Dacheröden
Kolloquium „Holocaust und Moderne" - Ist der Holocaust unter den Bedingungen der Moderne ein wiederholbares, strukturell in der Moderne angelegtes Phänomen?

Dienstag, 20.10.1998, 20.00 Uhr, Haus Dacheröden
„Wenn ich es tue, dann tun es andere..."? Eine normale deutsche Familie - Vortrag und Gespräch zur „Normalität" der „technischen Realisierung" des Holocaust im Arbeits- und Lebensallteag der Deutschen

Mittwoch, 21.10.1998, 10.00 Uhr
Schülerworkshop mit Hartmut Topf: „Wenn ich es nicht tue, dann tun es andere..."? Eine normale deutsche Familie, Anmeldung: 0361/6422695

Mittwoch, 21.10.1998, 20.00 Uhr, Haus Dacheröden
Kunst als Chance - Möglichkeiten für die Auseinandersetzung mit Holocaust und Moderne - Vortrag von Jochen Spielmann

Donnerstag, 22.10.1998, 11.00 Uhr, Haus Dacheröden
ExpertInnengespräch: Kunst als Chance - Möglichkeiten für die Auseinandersetzung mit Holocaust und Moderne

Der Veranstaltungsort „Haus Dacheröden" befindet sich in Erfurt am Anger 37/38.

Interkulturell - aber nur nicht politisch werden

(red) Wie in den vergangenen Jahren findet auch dieses Jahr die Interkulturelle Woche wieder statt. Ein paar kritische Anmerkungen können wir uns zu dem an und für sich guten Projekt nicht verkneifen. So schreibt Oberbürgermeister Dr. Hans-Peter Brodhun das Grußwort in dem Programmheft. Das der OB dies schreibt, wollte ein großer Teil der MitorganisatorInnen der Interkulturellen Woche nicht. Da der OB in keinerlei Weise an dder Vorbereitung und Durchführung dieser beteiligt ist, so ein Komentar einer MitorganisatorIn. Durch undemokratisches Vorgehen kommt Brodhun nun doch zu Wort und kann so sein pseudofreundliches Verhalten gegenüber nichtdeutschen Mitmenschen offiziell vermarkten. So schreibt er denn auch, daß die „Gestaltung eines verständnisvollen Miteinanders zwischen Deutschen und Ausländern ... zu den besonderen Anforderung unserer Zeit" gehört. Die positive Gestaltung dieses Verhältnisses macht er dann fast gänzlich von MigrantInnen abhängig. Diese sollen sich dann in zwangloser Runde besser kennen- und verstehen lemen, Bekanntschaften schließen oder neue Freunde finden. Im Nebebsatz wird die Eisenacher Bevölkerung dann ebenfalls schnell noch zur Teilnahme an den Veranstaltungen aufgefordert.
Ein klare Absage an den Bevölkerunsteil, der nach wie vor rassistisch denkt und handelt, macht Brodhun nicht. Warum wohl, fühlt er sich doch in der Runde nationalistischer und rassitischer Burschenschafter wohl, hat selbe Ziele wie diese und findet lediglich deren Gesang der drei Strophen des BRD-Liedes nicht gut. Wie auch, wo doch staatliche Abschiebebehörden in seinem Grußwort beschönigend als Stellen offizieller Ausländerarbeit beschrieben werden, deren Aufgabe darin liegt, MigrantInnen zu „helfen".
Schauen wir zu den Veranstaltungen. Hier findet sich erfreulicherweise neben zwei Angeboten zu Chiapas ein Kurdischer Abend. Dieser heißt zwar offiziell „International" - für all die, die noch nicht wußten daß Kurdistan etwas weiter weg liegt als ihr Heilgerufe klingt Kurdisch zu nennen was kurdisch ist, wäre denn wahrscheinlich doch zu politisch geworden.
Ein Kriegsfilm dagegen darf genannt werden und kann Dank finanzieller Unterstützung durch unsere Landesregierung kostenlos angesehen werden. „Welcome in Sarajewo" wird vor allem für die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien die Herzen höher schlagen lassen. So viel schöne Heimat, auf Großleinwand und dann noch kostenlos. Die Filmbeschreibung „eine Hoffnung jenseits der Grenze" - blanker Zynismus! ❐

9. November
- Reichspogromnacht -

Mahngang/Demonstration
7.11.98, 10 Uhr, Hauptbahnhof Erfurt
12 Uhr Ratschlag, Haus d. Gewerkschaften
Gegen das Verdrängen
Gegen das Vergessen
Mahnveranstaltung, 9.11.98, Bahnhof Eisenach - Synagoge

BFB abgeschmiert

Am 22.09.1998 fand in Erfurt die Wahlkampf Abschlußkundgebung der neofaschistischen Partei „Bund Freier Bürger" (BFB) statt. Nachdem eine vom BFB in Jena angekündigte Veranstaltung nicht stattgefunden hatte, erschien er in Erfurt mit ca. 5 Personen, darunter Manfred Brunner und Paul Latussek.
Zur Gegenaktion kamen etwa 100 Menschen aus Antifa, PDS und Gewerkschaften, die ihren Unmut gegen den BFB äußerten. Durch Pfiffe, Sprechchöre und mehrfache Zerstörung des Mikrofonkabels wurde es für Brunner & CO schwer und stellenweise unmöglich ihre rassistische und nationalistische Propaganda zu verbreiten. Als Manfred Brunner dann von Farbbeuteln getroffen wurde, ging die Polizei gegen die Demonstrierenden vor. Es war ihnen jedoch nicht möglich, Menschen aus dem Block zu holen und festzunehmen.
Die Veranstaltung wurde letztendlich eher als geplant von Brunner beendet. Der BFB mußte abziehen, ohne sich an die Erfurter Bevölkerung gerichtet zu haben. ❐

Koalition von CDU und SPD

(red) Die beiden Migliederstärksten Rechtsparteien haben Strafanzeige gegen unbekannt wegen Beschädigung des Eigentums gestellt. In Eisenach wurden Wahlplakate der CDU und SPD mit Plakaten, die für die Demonstration am 7. November in Erfurt und den 8. Antirassistischen Ratschlag werben, überklebt. Die Kripo ermittelt. ❐

Gesellschafts- und Geschichtsauffassung von Karl Marx
- Seminar zur kritischen Marxrezeption -

17./18. Oktober 1998
im Hotel Plauescher Grund,
Bahnhofsstr. 18, 99338 Plaue

Anmeldung: Arbeit und Leben,
Windthorststr. 43a, 99096 Erfurt,
Tel.: 0361-565730, Fax: 0361-5657333

Staatliche Repression

Am 1. Oktober 1998 wird Christoph Ellinghaus, Bildungsreferent des ran e.V., einen Überblick geben, in welchen Bereichen sozialer politischer Bewegungen der Staat mit harter Repression reagiert. Seien es bei Menschen, die zivilen Ungehorsam gegen Castor-Transporte und Autobahnbau leisten, antirassistische AktivistInnen die Flüchtlingen helfen oder Kriegsdientverweigerer, deren Gewissen auch den Zivildienst als Ersatzdienst nicht zuläßt. Sie alle können durch ihr Engagement mit dem Gesetz in Konflikt geraden und stattlicher Repression unterworfen werden. Die Veranstaltung findet im Café des TUZ, Uferstraße 1 in Eisenach statt und beginnt um 19.00 Uhr. VeranstalterIn ist der AK AntiFa/AntiRa.

Rechtsextreme in Eisenach

Um eine Bestandsaufnahme und Analyse des Rechtsextremismus in Eisenach geht es am 15. Oktober 1998, um 19.00 Uhr im Café des TUZ, Uferstraße 1, in Eisenach. Der Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus-Für internationale Solidarität möchte gemeinsam mit InteressentInnen rechtsextreme Strukturen in Eisenach beleuchten: An welchen Schulen geben Neonazis "den Ton an", welche öffentlichen Plätze, Diskotheken und Jugendclubs dienen als Treffpunkte. Wie sieht die Organisierung der NeofaschistInnen aus?
Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Veranstaltung wird am 29. Oktober 1998 dann das Konzept der "Akzeptierenden Sozialarbeit" kritisch betrachtet werden.

Akzeptierende Gewaltarbeit

Aufbauend auf dem Vortrag "Rechtsextreme in Eisenach" soll am 29. Oktober 1998 , um 19.00 Uhr im Café des TUZ, Uferstraße 1, in Eisenach unter dem Thema "Akzeptierende Gewaltarbeit" eine kritische Betrachtung des Konzeptes der "Akzeptierenden Sozialarbeit" erfolgen.
Dieses Konzept basiert auf der Überlegung, gesellschaftliche Randgruppen durch Akzeptanz integrieren zu wollen, ohne sich politisch mit ihnen auseinander zu setzen. Die "Akzeptierende Solzialarbeit" ist die häufigste Grundlage von Jugendeinrichtungen, bei der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Immer mehr Stimmen werden laut, die dieses Konzept mitverantwortlich für den gestärkten Rechtsextremismus machen.
Als ReferentInnen und DiskussionspartnerInnen sind Julika Bürgin, Bildungsreferentin des DGB-Bildungswerkes aus Erfurt, Matthias Hacke, Streetworker aus Weimar und Maik Sauer, Streetworker im Eisenacher B-Klotz eingeladen.